

Die Erfahrungen mit der britischen Kolonialherrschaft haben die Akteure und politischen Institutionen des unabhängigen Indiens nachhaltig geprägt. Indien ist immer wieder als Westminster-Modell bezeichnet worden, doch zeigen sich bei genauerer Betrachtung zahlreiche Unterschiede. Zwar gibt es auch in Indien die enge Verbindung zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der Exekutive, doch unterscheidet sich das indische System u. a. durch seine föderale Struktur, die umfangreiche und schriftlich ausgearbeitete Verfassung sowie die unzureichende Parlamentssoveränität vom politischen System der einstigen Kolonialmacht. Im Rahmen der politischen und rechtlichen Auseinandersetzungen mit der Kolonialmacht haben die politischen Eliten Indiens aber das damit verbundene westliche Verfassungsverständnis übernommen und nach der Unabhängigkeit daran festgehalten.

Der Übergang zur Unabhängigkeit vollzog sich rasch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Bereits im Sommer 1946 wurde eine Interimsregierung eingerichtet, die von Nehru geleitet wurde, der damit de facto das Amt des Premierministers übernahm. Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung im Juli 1946 hatte der INK eine deutliche Mehrheit erzielt. Die Verhandlungen zwischen dem INK und der Muslimliga über den künftigen Status der Muslime überschatteten aber auch die verfassungsgebende Versammlung, die von der Muslimliga boykottiert wurde.

Die verfassungsgebende Versammlung trat im Dezember 1946 zum ersten Mal in New Delhi zusammen. Sie hatte aufgrund der besonderen Konstellationen eine Doppelfunktion und fungierte zugleich auch als Parlament der Interimsregierung.¹ Die verfassungsgebende Versammlung wurde vom INK dominiert, aller-

1 Vgl. Austin, Granville, *The Indian Constitution. Cornerstone of a Nation*, New Delhi, Oxford 2000, S. 15.

dings lud Nehru auch bekannte Persönlichkeiten wie B. R. Ambedkar, der sich für die Rechte der Unberührbaren einsetzte, zu den Beratungen ein. Zentrale Themen waren u. a. die Frage von Sozialreformen, um die Entwicklung des Landes nach über 150 Jahren britischer Kolonialherrschaft voranzutreiben, das Verhältnis zwischen der Zentralregierungen und den Provinzen, sowie die Machtbefugnisse der Exekutive und ihre Kontrolle. Die Verfassungsdiskussionen erstreckten sich insgesamt über knapp drei Jahre. Am 26. November 1949 wurde die Verfassung angenommen und trat am 26. Januar 1950 in Kraft. Die verfassungsgebende Versammlung endete am gleichen Tag und wandelte sich in ein provisorisches Parlament um, dass bis zu den ersten Wahlen 1951/52 im Amt blieb.

2.1 Die Legislative

Laut Verfassung besteht das indische Parlament aus drei Elementen: dem Präsidenten, dem Unterhaus, der Lok Sabha (Abgeordnetenhaus) und der Rajya Sabha (Länderkammer).² Die konstitutionelle Einbeziehung des Präsidenten in das Parlament unterstreicht die enge Verbindung zwischen der Legislative und der Exekutive. Im Unterschied zum britischen Parlament hat das indische Parlament aber keine Suprematie, d. h. es kann nicht die Grundstruktur der Verfassung ändern, wie die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und dem oberstem Gerichtshof in den 1970er Jahren deutlich gemacht haben.

2.1.1 Das Abgeordnetenhaus (Lok Sabha)

Die Lok Sabha entspricht im Wesentlichen dem deutschen Bundestag oder der französischen Nationalversammlung. Artikel 81 der indischen Verfassung sieht vor, dass die Zahl der Abgeordneten 552 nicht übersteigen darf. Diese Zahl setzt sich zusammen aus maximal 530 Abgeordneten aus den Direktwahlkreisen der Bundesstaaten und maximal 20 Abgeordnete aus Unionsterritorien. Der Präsident kann zudem zwei Vertreter der anglo-indischen Gemeinschaft für das Parlament zu ernennen. Gegenwärtig besteht die Lok Sabha aus 545 Abgeordneten, die

2 Der Begriff Parlament bezieht sich sofern nicht anders angegeben auf die beiden Häuser. Im Folgenden werden die Begriffe Lok Sabha, Abgeordnetenhaus sowie Unterhaus synonym verwandt. Für die Rajya Sabha werden auch die Äquivalente Länderkammer, Bundesrat sowie Oberhaus benutzt. Trotz der unterschiedlichen Bedeutung werden die aus der englischen Parlamentstradition stammenden Begriffe „Unterhaus“ und „Oberhaus“ auch im indischen Kontext benutzt, vgl. <http://presidentofindia.nic.in/govern.html> (eingesehen am 11. 4. 05).

durch das einfache Mehrheitswahlrecht in Einpersonenwahlkreisen gewählt werden. Die Bundesstaaten entsenden insgesamt 530 Abgeordnete, weitere 13 kommen aus den insgesamt sechs Unionsterritorien, die direkt von der Zentralregierung verwaltet werden, und der Hauptstadt Neu-Delhi, die einen eigenen Status als National Capital Territory (NCT) besitzt.

Die Zahl der Abgeordneten aus den Bundesstaaten richtet sich nach der deren Bevölkerungszahl. Da die politische Vertretung gemäß der Größe von Bevölkerungsgruppen in einer von vielen Konfliktlinien durchzogenen Gesellschaft ein stets sensibles Thema ist, sind die Zahlen des Zensus von 1971 als Grundlage für die Berechnung gewählt und seitdem nicht mehr geändert worden. Die Stammesgruppen (Scheduled Tribes, ST) und die unteren Kastengruppen (Scheduled Castes, SC) haben in den Bundesstaaten reservierte Sitze, die ihnen eine politische Mitsprache garantieren.

Die Legislaturperiode beträgt fünf Jahre ab der ersten Sitzung des neuen Parlaments. Der Premierminister hat wie in Großbritannien die Möglichkeit, zu einem ihm günstig erscheinenden Zeitpunkt beim Präsident die Auflösung des Parlaments zu beantragen und Neuwahlen anzuberaumen. Unter den Notstandsverordnungen kann der Präsident die Amtsperiode des Parlaments um bis zu einem Jahr verlängern.

Laut Verfassung muss das Parlament mindestens zwei Mal im Jahr tagen, allerdings sind mittlerweile drei Sitzungsperioden im Jahr zur Routine geworden. Die erste Sitzungsperiode ist die sog. Budget Session. Hier wird über den Haushalt beraten, da das indische Haushaltsjahr jeweils vom 1. April bis zum 30. März des folgenden Jahres dauert. Die Budget Session dauert von Februar bis Mai, die Monsoon Session von Juli bis September und die Winter Session von Juli bis Dezember. Die durchschnittliche Zahl der jährlichen Sitzungen pro Jahr liegt bei 95, allerdings hat die Zahl in den letzten Jahren abgenommen.³ Die Beschlussfähigkeit des Parlaments ist erreicht, wenn zehn Prozent der Abgeordneten anwesend sind. Hindi und Englisch sind die wichtigsten Sprachen im Parlament. Übersetzer für die wichtigsten Regionalsprachen sorgen dafür, dass die Abgeordneten in ihren Muttersprachen an den Debatten teilnehmen können.

Das Parlament wählt aus seinen Reihen einen Sprecher (Speaker). Dieser gilt in der anglo-indischen Tradition als Sprecher des gesamten Abgeordnetenhauses. Er steht im Zentrum der parlamentarischen Auseinandersetzungen, da er nicht nur über die Geschäftsordnung, sondern im Streitfall zwischen Regierung und Opposition auch über die Klassifizierung von Gesetzesvorhaben entscheidet. Diese Frage ist von Bedeutung, da z. B. Finanzgesetze (money bills) oder Gesetzesvor-

3 Vgl. Rüländ, Jürgen; Jürgenmeyer, Clemens; Nelson Michael M.; Ziegenhain, Patrick, *Parliaments and Political Change in Asia*, Singapore 2005, S. 90/91.

Tabelle 6 Zahl der Parlamentssitze der Bundesstaaten und der reservierten Sitze für SC/ST*, 2014

Bundesstaat	Allgemeine Sitze	SC	ST	Gesamtzahl
Andhra Pradesh	32	7	3	42
Arunachal Pradesh	2	0	0	2
Assam	11	1	2	14
Bihar	34	6	0	40
Chhattisgarh	6	1	4	11
Goa	2	0	0	2
Gujarat	20	2	4	26
Haryana	8	2	0	10
Himachal Pradesh	3	1	0	4
Jammu & Kaschmir	6	0	0	6
Jharkhand	8	1	5	14
Karnataka	21	5	2	28
Kerala	18	2	0	20
Madhya Pradesh	19	4	6	29
Maharashtra	39	5	4	48
Manipur	1	0	1	2
Meghalaya	0	0	2	2
Mizoram	0	0	1	1
Nagaland	1	0	0	1
Orissa	13	3	5	21
Punjab	9	4	0	13
Rajasthan	18	4	3	25
Sikkim	1	0	0	1
Tamil Nadu	32	7	0	39
Tripura	1	0	1	2
Uttar Pradesh	63	17	0	80
Uttarakhand	4	1	0	5
Westbengalen	32	8	2	42
Unionsterritorium				
Andamanen & Nikobaren	1	0	0	1
Chandigarh	1	0	0	1
Dadra & Nagar Haveli	0	0	1	1
Daman & Diu	1	0	0	1
Lakshadweep	0	0	1	1
Puducherry	1	0	0	1
Delhi (NCT)	6	1	0	7
Gesamt	412	84	47	543

* SC: Scheduled Castes, ST: Scheduled Tribes; NCT: national capital territory

Quelle: http://eci.nic.in/eci_main/archiveofge2014/5%20-%20Number%20and%20types%20of%20constituency.pdf (eingesehen am 20.11.14).

lagen zur Änderung der Verfassung unterschiedliche Verfahren nach sich ziehen im Vergleich zu normalen Gesetzesvorhaben. Zudem hat der Sprecher bei einem Gleichstand der Stimmen in einer Abstimmung ebenfalls ein Stimmrecht.

Die Lok Sabha verfügt über eine Reihe von Ausschüssen (standing committees), die die tägliche Parlamentsarbeit verrichten und die Exekutive z. B. in Finanzfragen kontrollieren. Der Sprecher bzw. das Abgeordnetenhaus können zusätzlich ad hoc Komitees zu bestimmten Fragen einrichten. Während die politische Arbeit und das Aushandeln von Kompromissen zu Gesetzesvorlagen in den Ausschüssen stattfinden, konzentrieren sich die Debatten im Parlament auf die großen, öffentlichen Themen und dienen der Regierung und der Opposition zur Darlegung ihrer Positionen gegenüber der Öffentlichkeit.

Das Parlament hat eine Reihe von Aufgaben und Funktionen. Neben der Gesetzgebung (s. u.) zählt hierzu vor allem die Kontrolle der Regierung. Der Premierminister und die Minister sind dem Abgeordnetenhaus, nicht aber der Länderkammer gegenüber verantwortlich. Das Parlament verfügt über das Mittel der Fragestunde sowie einer aktuellen halben Stunde, um Aufklärung und Rechenschaft von der Regierung einzufordern. Dieses Instrument wird heute deutlich öfter genutzt und hat sich in den 1990er Jahren im Vergleich zu den 1950er Jahren fast verfünffacht. Allerdings kann die Regierung Auskünfte und Informationen u. a. im Namen der nationalen Sicherheit verweigern.⁴ Daneben hat das Abgeordnetenhaus das Recht, einen Misstrauensantrag gegen die Regierung zu stellen. Die Kontrollfunktion der Legislative gegenüber der Exekutive zeigt sich auch darin, dass das Parlament die Verhängung des Ausnahmezustandes mit einfacher Mehrheit bzw. mit der Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Abgeordneten genehmigen muss. Eine weitere zentrale Funktion des Parlaments ist seine Kontrolle über den Haushalt, der jedes Jahr genehmigt werden muss. Schließlich kann es auch Änderungen an der Verfassung vornehmen, allerdings kann es nicht deren Grundstruktur verändern.

Trotz der formalen Rechte hat sich in der politischen Entwicklung Indiens immer wieder gezeigt, dass das Parlament kaum über wirksame Kontrollmechanismen gegenüber der Regierung verfügte. Eine offensichtliche Ursache hierfür war die Dominanz der Kongresspartei. Die Mehrheit von zwei Drittel der Sitze wie 1971 oder gar vier Fünftel wie 1984 haben zusammen mit der Dominanz der Nehru-Gandhi-Dynastie eine wirksame Kontrolle der Regierung durch das Parlament unmöglich gemacht. Nehru und Indira Gandhi haben das Parlament auch eher als Forum für öffentliche Debatten gesehen und weniger als Ort, an dem eine kontroverse politische Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition

4 Vgl. Awasthy S. S., *Indian Government and Politics*, New Delhi 2003, S. 151.

betrieben wird.⁵ Die Opposition hatte somit nur wenig Möglichkeiten im Parlament und beschränkte sich im Wesentlichen auf drei Taktiken: erstens der Streit über Verfahrensfragen, zweitens Anträge gegen den Premierminister und seine Kabinettskollegen aufgrund einer unzureichenden Informationspolitik des Parlaments sowie drittens spektakuläre Aktionen wie den Auszug aus dem Parlament oder einen Boykott der Plenarsitzungen.⁶

2.1.2 Die Vertretung der Bundesstaaten (Rajya Sabha)

Obwohl immer wieder als Oberhaus gemäß der englischen Verfassungstradition bezeichnet, ähnelt die Rajya Sabha von ihrer Vertretung und ihren Aufgaben her doch eher der politischen Vertretung der Bundesstaaten und kann damit als eine Art zweite Kammer wie der Bundesrat oder der amerikanische Senat gesehen werden.

Die Länderkammer konstituierte sich am 3. April 1952. Anfänglich bestand sie aus 216 Abgeordneten, deren Zahl sich bis heute auf 245 erhöht hat. Wie im Falle des Abgeordnetenhauses so legt die Verfassung auch für die Rajya Sabha eine Obergrenze fest, die bei 250 Abgeordneten liegt. Gegenwärtig besteht die Rajya Sabha aus insgesamt 245 Mitgliedern, von denen 229 von den Bundesstaaten und vier von den beiden Unionsterritorien Delhi und Puducherry gewählt werden. Weitere 12 Mitglieder werden direkt vom Präsident ernannt. Bei diesen handelt es sich zumeist um nationale Persönlichkeiten aus den Bereichen Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur. Die Zahl der Abgeordneten richtet sich nach der Bevölkerungsgröße der Bundesstaaten. Im Unterschied zur Festlegung der Wahlkreisgröße haben bevölkerungsreiche Staaten wie Uttar Pradesh und Tamil Nadu damit eher ein größeres Gewicht. Von den Unionsterritorien sind nur Puducherry und Delhi vertreten, während die anderen aufgrund ihrer geringen Größe keinen Sitz erhalten haben.⁷

Im Unterschied zu Lok Sabha kann die Rajya Sabha nicht aufgelöst werden. Die Amtsdauer der Abgeordneten beträgt sechs Jahre. Die Amtsperioden sind gestaffelt, d. h. wie im amerikanischen Senat wird alle zwei Jahre ein Drittel der Mitglieder neu gewählt. Die Wahl der Abgeordneten aus den Bundesstaaten erfolgt durch die Länderparlamente nach dem Prinzip des Verhältniswahlrechts durch eine übertragbare Einzelstimme (Single Transferable Vote, STV). Dies bedeutet,

5 Vgl. Hewitt, Vernon, *The Prime Minister and Parliament*, in: Manor, James (ed.), *Nehru to the Nineties. The Changing Office of Prime Minister in India*, London 1994, S. 51.

6 Vgl. Hewitt (1994), S. 61.

7 Vgl. Kashyab (2004b), S. 27.

Tabelle 7 Zahl der Sitze in der Rajya Sabha, 2014

Bundesstaat	Anzahl der Sitze	Bundesstaat	Anzahl der Sitze
Andhra Pradesh	11	Mizoram	1
Arunachal Pradesh	1	Nagaland	1
Assam	7	Orissa	10
Bihar	16	Punjab	7
Chattisgarh	5	Rajasthan	10
Goa	1	Sikkim	1
Gujarat	11	Tamil Nadu	18
Haryana	5	Telangana	7
Himachal Pradesh	3	Tripura	1
Jammu & Kaschmir	4	Uttarakhand	3
Jharkhand	6	Uttar Pradesh	31
Karnataka	12	Westbengalen	16
Kerala	9	Unionsterritorium	
Madhya Pradesh	11	Puducherry	1
Maharashtra	19	Delhi (NCT)*	3
Manipur	1	Ernannte Mitglieder	12
Meghalaya	1	Gesamt	245

* National Capital Territory

Quelle: <http://164.100.47.7/faq/output/output.aspx?x=9#9> (eingesehen am 20. 11. 14).

dass die Abgeordneten der Bundesstaaten im Verhältnis zur Stärke der Parteien in den jeweiligen Landesparlamenten gewählt werden.⁸ Das Mindestalter für Abgeordnete in der Rajya Sabha liegt bei 30 Jahren. Der Vizepräsident ist kraft seines Amtes zugleich der Vorsitzende der Rajya Sabha, sein Vertreter wird hingegen aus den Reihen der Mitglieder der Länderkammer gewählt. Die Länderkammer hat ebenfalls mindestens drei Sitzungsperioden pro Jahr.⁹

Im Unterschied zum Abgeordnetenhaus verfügt die Länderkammer über geringere Kompetenzen zur Kontrolle der Regierung. So können z. B. Finanzgesetze grundsätzlich nur über das Abgeordnetenhaus eingebracht werden und die Mit-

⁸ Vgl. Thakur (1995), S. 148.

⁹ Vgl. <http://rajyasabha.nic.in/rajya/19/94/i5/94I5o7o1.htm> (gesehen am 24. 1. 2006).

glieder der Länderkammer können zu solchen Gesetzen lediglich Empfehlungen aussprechen, diese aber nicht zurückweisen. Ein weiterer wichtiger Unterschied ist, dass die Länderkammer keinen Misstrauensantrag gegenüber den Ministern aussprechen kann, dies bleibt ein Privileg des Abgeordnetenhauses.¹⁰

Dennoch darf die Bedeutung der Rajya Sabha im Institutionengefüge der Indischen Union nicht unterschätzt werden. Es gibt verschiedene Bereiche, in denen beide Kammern gleichgestellt sind. Erstens können Verfassungsänderungen nur mit der zwei Drittel Mehrheit in beiden Kammern verabschiedet werden. Zweitens sind bei der Wahl des Präsidenten beide Kammern Teil des Wahlkollegiums. Schließlich können beide Kammern nur gemeinsam ein Amtsenthebungsverfahren (impeachment) gegen den Präsidenten und den vorsitzenden Richter am Obersten Gericht sowie gegen andere Richter anstrengen.

Die Veränderungen in der Parteienlandschaft der vergangenen Jahre wirken sich ebenfalls auf die Länderkammer aus. Es gab bereits mehrfach Phasen als es in beiden Häusern des Parlaments unterschiedliche politische Mehrheiten gab. Zuerst trat dieser Fall 1977 ein, als die Janata-Partei die Regierung übernahm, während in der Rajya Sabha noch die Kongresspartei eine Mehrheit innehatte. Die Opposition brachte zwar verschiedene Anträge ein, die jedoch aufgrund der Mehrheit in der Lok Sabha abgelehnt werden konnten.¹¹ Die BJP erzielte 2014 einen überwältigenden Wahlsieg und erreichte eine eigene absolute Mehrheit in der Lok Sabha. Allerdings hatte sie keine Mehrheit in der Rajya Sabha, so dass die neue Regierung von Premierminister Narendra Modi eine Reihe von Gesetzen zur Förderung der wirtschaftlichen Reformen nicht verabschieden konnte.

Die wachsende Bedeutung der Regionalparteien in den 1990er Jahren hat dazu geführt, dass die Rajya Sabha heute vielleicht mehr als je zuvor in ihrer Geschichte als Institution für die Vertretung der Bundesstaaten gesehen werden kann.¹² Damit könnte langfristig eine Entwicklung in Gang gesetzt werden, in deren Verlauf die Rajya Sabha noch stärker als bisher zu einer echten zweiten Kammer des indischen Parlaments wird.

10 Vgl. Kashyab, Subhash C., *Our Parliament. An Introduction to the Parliament of India*, New Delhi 2004 (b), S. 29.

11 Vgl. Thakur (1995), S. 148.

12 Vgl. Rüländ; Jürgenmeyer; Nelson; Ziegenhain (2005), S. 75.

2.1.3 Der Prozess der Gesetzgebung

Die meisten Gesetzesvorlagen werden von der Regierung in das Parlament eingebracht. Daneben haben aber auch einzelne Parlamentarier die Möglichkeit, eigene Gesetzesvorschläge einzubringen. Mit Ausnahme von Finanzgesetzen können alle anderen Gesetzesvorlagen entweder im Abgeordnetenhaus oder im Länderrat eingebracht werden.¹³ Der normale Prozess der Gesetzgebung sieht drei Lesungen vor. In der ersten Lesung wird das Gesetz im Abgeordnetenhaus vorgestellt. Nach der zweiten Lesung wird das Gesetzesvorhaben diskutiert oder kann zur Beratung an einen Ausschuss verwiesen werden. Dies kann ein ständiger Ausschuss (standing committee) des Abgeordnetenhaus sein, ein eigenes für das Gesetzesvorhaben gegründeter ad hoc Ausschuss (ad hoc committee) oder bei Gesetzen von besonderer Bedeutung ein gemeinsamer Ausschuss beider Kammern (joint committee).¹⁴ Das weitere Verfahren in den Ausschüssen ist weniger formal gehalten und weist eine größere Flexibilität auf.¹⁵ So können die Ausschüsse auch externe Gutachter, aber auch Vertreter der Zivilgesellschaft zur Anhörung einladen, oder Reisen in die Gebiete unternehmen, die von den Gesetzen betroffen sind.

1993 wurden insgesamt 17 Departmentally Related Standing Committees eingerichtet, um die Kontrollfunktion der Legislative gegenüber der Exekutive zu verbessern.¹⁶ Die Ausschüsse erhielten auch im Unterschied zu früher eine eigene Infrastruktur und Personal.¹⁷ Die Aktivitäten der Ausschüsse und ihre Berichte können mittlerweile über das Internet eingesehen werden.¹⁸ Die Zahl der Mitglieder in den einzelnen Ausschüsse variiert. Das Abgeordnetenhaus stellt in der Regel ca. zwei Drittel, die Länderkammer ca. ein Drittel der Mitglieder der Ausschüsse. Nach den Beratungen im Ausschuss wird das Gesetz im Abgeordnetenhaus diskutiert und ergänzt. In der dritten, abschließenden Lesung wird das Gesetz angenommen oder verworfen. Danach wird das Gesetz an die jeweils andere Kammer weitergeleitet, in der es die gleiche Prozedur durchläuft.

13 Vgl. im Folgenden Kashyab (2004b), S. 164–183.

14 Vgl. Agrawal, Arun, The Indian Parliament, in: Kapur, Devesh; Metha, Pratap Bhanu (eds.), Public Institutions in India. Performance and Design, New Delhi, Oxford: Oxford University Press 2005, S. 87; zur Zusammensetzung und den Aktivitäten der ständigen Ausschüsse vgl. <http://www.prsindia.org/parliamenttrack/parliamentary-committees/> (eingesehen 20. 11. 14).

15 Vgl. Kashyab (2004b), S. 187/188.

16 Vgl. <http://parliamentofindia.nic.in/ls/intro/p21.htm> (eingesehen 20. 11. 14).

17 Vgl. Rubinoff, Arthur G., India's new subject-based parliamentary standing committees, in: Asian Survey, 36 (1996), 7, S. 728.

18 Eine Übersicht findet sich unter <http://164.100.47.134/committee/investigative.aspx> (eingesehen am 20. 11. 14). Die Aktivitäten der Ausschüsse können auch unter <http://www.prsindia.org/parliamenttrack/parliamentary-committees/> (eingesehen am 20. 11. 14) beobachtet werden.

Auch bei den Ausschüssen zeigt sich die bereits angesprochene Schwäche des Parlaments gegenüber der Exekutive. Die Mitglieder der ständigen Ausschüsse werden durch das gesamte Abgeordnetenhaus nach Proporz gewählt, d. h. auch hier kommt die politische Dominanz einer Partei voll zum Tragen. Besondere Bedeutung haben die drei Ausschüsse, die sich mit Finanzfragen beschäftigen: Es sind dies das Estimates Committee (EC), Public Undertakings Committee (PUC) sowie das Public Accounts Committee (PAC).¹⁹ Das EC umfasst 30 Abgeordnete der Lok Sabha und prüft die Ausgaben der Ministerien. PUC und PAC bestehen aus 15 Abgeordneten der Lok Sabha und sieben aus der Rajya Sabha und kontrollieren die Aufwendungen für die öffentlichen Unternehmen (PUC) bzw. unterwerfen die Ausgaben der Regierung einer genauen Kontrolle und prüfen die Berichte des Rechnungshofes.²⁰ Bislang hat sich nur beim PAC die Tradition entwickelt, dass der Vorsitzende des Ausschusses ein Mitglied der Opposition ist.²¹

Bei Differenzen über das Vorhaben oder einzelne Passagen wird der Gesetzesentwurf wieder an die andere Kammer zurückgeleitet. Sollten beide Kammern keine Einigung erzielen kann der Präsident eine gemeinsame Sitzung des Parlaments (joint sitting) einberufen, in der in einfacher Mehrheit über die stritten Passagen abgestimmt wird. Aufgrund ihrer numerischen Überlegenheit hat die Lok Sabha hier einen Vorteil gegenüber der Rajya Sabha (543 vs. 245 Abgeordnete). Bislang wurden aber nur wenige Gesetze mit Hilfe dieses Verfahrens verabschiedet. Das letzte war der umstrittene Prevention of Terrorism Act (POTA) 2002, mit dem eine neue Anti-Terror-Gesetzgebung nach den Anschlägen auf das indische Parlament im Dezember 2001 verabschiedet wurde.²² 2008 gab es eine weitere gemeinsame Sitzung zur Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung einer Frauenquote im Parlament, das jedoch aufgrund zahlreicher Widerstände nicht verabschiedet wurde.

Wenn beide Kammern des Parlaments das Gesetz verabschiedet haben, wird es zur Zustimmung an den Präsidenten gesandt. Stimmt er der Gesetzesvorlage zu, wird diese damit zum Gesetz. Sofern er Zweifel an der Vorlage hat, wird er sich zunächst mit den zuständigen Ministern beraten. Sofern er der Vorlage nicht zustimmen will, wird er diese an die beiden Kammern zurückverweisen. Wenn nun

19 Die Berichte der Ausschüsse sind mittlerweile auch über das Internet zugänglich, vgl. http://164.100.47.134/lsscomm/FinancialCommittee/LS-15/2013-14/Review_English_13-14.pdf (eingesehen 20. 11. 14).

20 Vgl. Shankar, Apoorva; Singh, Shreya, *Parliamentary Procedures. A Primer*. Rajya Sabha, New Delhi January 2015 (Institute for Policy Research Studies, PRS), http://www.prsindia.org/administrator/uploads/general/1425009754_Rajya%20Sabha%20Primer-%20Final.pdf, S. 22.

21 Vgl. Hewitt (1994), S. 65/66.

22 Vgl. Kashyab (2004b), S. 171.

Das politische System Indiens

Eine Einführung

Wagner, C.

2016, XIX, 295 S. 1 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-05290-4